



PRESSEMITTEILUNG/STELLUNGNAHME

Kundgebung „Für Frieden und Völkerrecht“ am 8. März in Frankfurt – IRH kritisiert einseitige Darstellung in Teilen der Medien

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) nimmt die Berichterstattung über die Kundgebung „Für Frieden und Völkerrecht“ am 8. März 2026 auf dem Frankfurter Römerberg mit Besorgnis zur Kenntnis.

Die Veranstaltung stand unter dem Leitgedanken „Nicht das Recht des Stärkeren – sondern die Stärke des Rechts“ und hatte das Ziel, auf die Bedeutung des internationalen Völkerrechts, die Gefahren militärischer Eskalation im Nahen und Mittleren Osten sowie die Notwendigkeit diplomatischer Lösungen hinzuweisen.

Die Kundgebung verlief trotz teilweise provokativer Aktionen von Gegendemonstranten friedlich und geordnet.

Bedauerlicherweise konzentrierte sich der größte Teil der medialen Berichterstattung überwiegend auf einzelne Randaspekte oder Provokationen im Umfeld der Veranstaltung, während die zentralen Inhalte der Kundgebung und die friedenspolitischen Positionen der Veranstalter kaum berücksichtigt wurden.

Eine verantwortungsvolle journalistische Berichterstattung sollte jedoch den Anspruch verfolgen, gesellschaftliche Debatten vollständig, differenziert und ausgewogen darzustellen.

Gerade bei sensiblen internationalen Konflikten ist es wichtig, auf vereinfachende Feindbilder, pauschale Zuschreibungen oder politische Vorverurteilungen zu verzichten und stattdessen Raum für eine sachliche Auseinandersetzung zu schaffen.

In seiner Rede betonte der Vorsitzende der IRH insbesondere folgende Grundsätze:

- Das internationale Völkerrecht darf nicht selektiv angewendet werden.
- Staaten dürfen weder pauschal dämonisiert noch grundsätzlich politisch geschützt werden.
- Internationale Konflikte müssen nach denselben rechtlichen Maßstäben bewertet werden – unabhängig von geopolitischen Bündnissen.

Das Völkerrecht unterscheidet nicht zwischen „guten“ und „schlechten“ Staaten. Es unterscheidet ausschließlich zwischen rechtmäßigem und völkerrechtswidrigem Handeln.

Die IRH weist zudem ausdrücklich Darstellungen zurück, wonach sie als Vertreter oder Sprecher eines bestimmten Staates oder einer Regierung auftreten würde.

Die IRH agiert nicht im Interesse eines Staates, sondern orientiert sich an universellen Grundsätzen:

- Achtung des internationalen Völkerrechts
- Schutz von Menschenwürde und Menschenleben
- Ablehnung von Angriffskriegen
- Ablehnung von Gewalt gegen Zivilisten

Diese Grundsätze gelten unabhängig davon, welcher Staat betroffen ist und unabhängig von politischen Bündnissen.

Die Positionen der IRH zur aktuellen Situation im Nahen und Mittleren Osten sind in der Rede ihres Vorsitzenden ausführlich dargelegt.

Wer die Haltung der IRH zu Fragen von Krieg, Völkerrecht und internationaler Politik verstehen möchte, sollte sich daher mit den tatsächlichen Inhalten dieser Rede auseinandersetzen, statt sich auf verkürzte Darstellungen oder politische Zuschreibungen zu stützen.

Es ist zudem nachvollziehbar, dass einzelne Teilnehmer einer Kundgebung nach einem militärischen Angriff ihre Betroffenheit durch nationale Symbole oder Fahnen ihres Herkunftslandes zum Ausdruck bringen.

Solche individuellen Ausdrucksformen einzelner Teilnehmer dürfen jedoch nicht mit den offiziellen Positionen der Veranstalter gleichgesetzt werden.

Die offiziellen Positionen der IRH ergeben sich ausschließlich aus den Redebeiträgen und Erklärungen ihrer Verantwortlichen.

Mit Sorge stellt die IRH außerdem fest, dass im Vorfeld der Kundgebung teilweise politische Bewertungen vorgenommen wurden, die eine sachliche Auseinandersetzung mit den Inhalten der Veranstaltung erschwert haben.

Solche vorverurteilenden oder diffamierenden Haltungen tragen nicht zu einer konstruktiven öffentlichen Debatte bei.

Die IRH setzt sich seit 29 Jahren in Hessen und Deutschland für gesellschaftlichen Zusammenhalt, interreligiösen Dialog, sozialen Frieden, Völkerrecht sowie gegen Krieg und Terrorismus ein.

Allein seit Oktober 2023 hat die IRH über fünfzig Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, die in einer besonders sensiblen und emotional aufgeladenen gesellschaftlichen Situation stattfanden. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen verliefen sämtliche Veranstaltungen friedlich und ohne Ausschreitungen. Dies zeigt den verantwortungsvollen Beitrag der IRH zu einem gewaltfreien öffentlichen Diskurs sowie zum sozialen Frieden in unserem Land.

Dieser kontinuierliche Einsatz für Frieden, Dialog und gesellschaftliche Verantwortung sollte in einer demokratischen Öffentlichkeit anerkannt und gewürdigt werden, statt durch pauschale Verdächtigungen oder politische Zuschreibungen in Frage gestellt zu werden.

Die IRH plädiert weiterhin für eine offene und respektvolle Debattenkultur sowie für eine internationale Politik, die sich an Diplomatie, Dialog und dem internationalen Recht orientiert.

Die vollständige Rede des Vorsitzenden der IRH ist auf der Webseite der Organisation veröffentlicht.

Gießen/Frankfurt am Main, 12. März 2026

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)